

ROTER HAHN

Die Linke

Im Bundestag

AUSGABE 141

OKTOBER 2024



Liebe Leserin, lieber Leser,

pünktlich zum Internationalen Tag für Beseitigung der Armut wurde am Donnerstag im Bundestag ein Antrag der Linken behandelt, der sich mit einer oft vergessenen Form von Armut beschäftigt: Ernährungsarmut. Ziel unseres Antrages (Drucksache 20/12110) ist die Einführung eines kostenlosen Mittagessens in Schulen und Kitas (mehr dazu auf der [Homepage der Gruppe](#)). Auch in dieser Woche prägen die großen Fragen die Debatten im Bundestag. Um die schrecklichen Kriege in der Ukraine und im

Nahen Osten zu beenden, brauchen wir endlich Friedenspläne statt „Siegespläne“ mit immer mehr Waffen und Opfern. Auch die von der Bundesregierung vorgelegten sogenannten Sicherheitspakete und Maßnahmen gegen Flüchtlinge und Migration sind für einen sozialen Frieden in Deutschland und weltweit aus meiner Sicht völlig ungeeignet. Viele Bürgeranfragen erreichen mich derzeit auch zum geplanten AfD-Verbotsantrag von Abgeordneten mehrerer Fraktionen. Klar ist: Wir müssen aus dem Aufstieg der Nazis in den 20er und 30er Jahren im letzten Jahrhundert die richtigen Lehren ziehen und die Demokratie (mit all ihren Schwächen) gegen rechtsextremistische Entwicklungen entschieden verteidigen! Nach dem Grundgesetz kann dies in letzter Konsequenz auch zu einem Parteiverbot durch das Bundesverfassungsgericht führen. Ob es für einen solchen Antrag tatsächlich eine Mehrheit im Bundestag gibt, ist derzeit ebenso offen wie der Ausgang des Verfahrens in Karlsruhe. Sicher ist nur: Bis zu einer Entscheidung wird es Jahre dauern, und bis dahin müssen wir uns mit der AfD weiterhin engagiert politisch und außerparlamentarisch auseinandersetzen. Ihr/Euer

Operationsplan Deutschland : Weil Sie es wissen müssen!

Dieser Tage häufen sich die Veranstaltungen, die sich um den „OpPlan Deutschland“ drehen. Der Personenkreis wird dabei stets angewiesen, dass die Informationen diskret zu behandeln und nicht weiterzugeben sind. Trotzdem entkommt man der auch in die Öffentlichkeit getragenen Kampagne aus dem Verteidigungsministerium derzeit nicht. Was es an „geheimen Anteilen“ geben soll, wird angesichts der öffentlichen Diskussion um „Kriegstüchtigkeit“, wohl nur noch Detailarbeit für ausländische Geheimdienste ausmachen. Vieles ist angesichts des wachsenden Personenkreises, der in die Kriegsplanungen eingebunden wird, auch nicht geheim zu halten. Geht es nach Verteidigungsministeriums- und Nato-Strategen, so droht ab dem Jahr 2030 der Bündnisfall, in dem sich gegen die russische Armee gewehrt werden muss. „Es sind nahezu alle Bundesressorts eingebunden und wirken in verschiedenen Arbeitsgruppen des Territorialen Führungskommandos mit“, teilt der Parlamentarische Staatssekretär Thomas Hitschler (SPD) [auf mündliche Fragen hin](#) mit. „Bei jeglicher Handhabung von Informationen im Rahmen des Operationsplans Deutschland wird grundsätzlich der strenge Maßstab >Kenntnis nur wenn nötig< zusätzlich zur Ermächtigung zum Umgang mit Verschlussachen angelegt.“ Dass Geheimhaltung beim stetig wachsenden Personenkreis überhaupt möglich ist und die Informationen kontrollierbar sind, darf bezweifelt werden. „Während die Bundeswehr den Menschen bei der Flutkatastrophe im Ahrtal oder im Pandemieeinsatz unterstützend zur Seite stand, ist sie im Krisen- und Verteidigungsfall selbst auf zivilgesellschaftliche und zivilgewerbliche Hilfe angewiesen“, meint die Bundeswehr im Internet. Bislang gar nicht diskutiert: diplomatische Wege zum Frieden. (Daniel Lücking)



**TERMINE MIT
ANDRÉ HAHN**
(Auswahl)

*

14.10. - 18.10.
**Sitzungswoche
im Bundestag**

*

18.10.—20.10.
**[Bundesparteitag der
Linken](#)**

Halle, Messestr. 10

*

21.10., 17:00 Uhr
Kreistagsitzung
Landratsamt, Pirna

*

04.11.-10.11.
**Sitzungswoche
im Bundestag**

*

06.11., ab 14:30 Uhr
**Öffentliche Sitzung des
Sportausschusses**
Bundestag, Berlin
(Teilnahme ist auch on-
line möglich, mehr dazu
auf der [BT-Homepage](#))

*

06.11.
**Gesundheitspolitischer
Abend des DOSB**
Berlin

*

11.11.-15.11.
**Sitzungswoche
im Bundestag**

*

13.11., ab 14:30 Uhr
**Öffentliche Sitzung des
Sportausschusses**
Bundestag, Berlin
(Teilnahme auch online
möglich)

*

13.11.
**Parlamentarischer
Abend des Deutschen
Behinderten-
Sportverbandes**
Berlin

*

16.11., 10:00 Uhr
**Landesparteitag Die
Linke Sachsen**
Park Arena, Badstr. 6,
Neukieritzsch

*

Friedensdemo am 3. Oktober in Berlin



Zusammen mit vielen weiteren Mitgliedern meiner Partei nahm ich an der Friedensdemonstration am 3. Oktober in Berlin teil, um ein Zeichen gegen Aufrüstung und Militarisierung in der Gesellschaft zu setzen. Ganz klar, ganz unmissverständlich: Wir lehnen die Stationierung von Raketen - egal mit welcher Reichweite - hierzulande ab. Nicht nur in Deutschland, sondern auch in allen anderen Ländern jenseits und diesseits der Konfliktlinien, müssen

Waffenstillstände und Abrüstung das oberste Ziel einer echten Diplomatiepolitik sein. Das ist der Kurs, den ich seit Jahrzehnten unterstütze und von dem ich auch nicht abrücken werde. Jenseits von Demonstrationen, denen ja zu meist nur Symbolcharakter zugebilligt wird, spiegelt sich diese Haltung auch stets in meinem Abstimmungsverhalten im Bundestag wieder. *(André Hahn)*

Warnmittelkataster lässt weiter auf sich warten

Eine weitere inakzeptable Antwort zum Thema Katastrophenschutz erhielt ich aus dem Bundesinnenministerium auf meine mündliche Frage nach dem Stand beim Wiederaufbau eines bundesweiten Sirennetzes. Mehr als drei Jahre nach der Katastrophe von Ahrweiler und nach zahlreichen Hochwasserlagen im Laufe des Jahres 2024 ist der Aufbau des Warnmittelkatasters noch immer nicht abgeschlossen. Beim Sirennetz beschränkt sich die Bundesregierung auf Mittelbereitstellung, ohne einen konkreten Zielermin zu benennen, ab wann bundesweit einheitlich und technisch verlässlich Warnungen der Bevölkerung über das Sirennetz erfolgen können. "Der Bund wird sich auch in Zukunft am Wiederaufbau der Sireneninfrastruktur beteiligen" zählt zu den wachweichen Aussagen, die schon jetzt deutlich machen, dass bis zum Ende der Legislaturperiode und damit absehbar mehr als vier Jahre nach Offenlegung eines eklatanten Missstandes, nicht mit der Abstellung des Problems zu rechnen ist. "Bis zum Warntag im September 2025 haben wir das Projekt bundesweit umgesetzt!" wäre die Antwort, die ich mir von Staatssekretär Johann Saathoff (SPD) gewünscht hätte. *(André Hahn)*

Änderungsanträgen zum Sport im Bundeshaushalt 2025

Zur Beratung des Bundeshaushaltsplanes 2025 im Sportausschuss am 16. Oktober zu den Kapiteln der Sportförderung und der Förderung der Sanierung bzw. des Baus von Sportstätten hat [Die Linke fünf Änderungsanträge](#) eingebracht. Bei drei Anträgen geht es um eine bessere Finanzierung der Trainerinnen und Trainer im Leistungssport und im paralympischen Leistungssport sowie um eine Erhöhung der Zahl der Sportlerinnen und Sportler mit Behinderungen, die eine Förderung durch den Bund erhalten sollen. Der vierte Antrag betrifft eine eventuelle Olympiabewerbung. Hierfür hatte Frau Faeser dem DOSB und den Ländern sechs Millionen Euro zugesagt, davon 2,15 Millionen Euro im Jahr 2025. Nach Auffassung der Linken ist das Geld im Jahr 2025 beim jetzigen Bewerbungsstand noch nicht erforderlich. Mit dem fünften Antrag fordert Die Linke deutlich mehr Mittel für die Sanierung und den Neubau von Sportstätten und Schwimmbädern. Unser Ziel ist, dass ab dem Jahr 2025 ein „Goldener Plan Sportstätten“ startet, an dem sich der Bund in den kommenden 15 Jahren mit jeweils einer Milliarde Euro beteiligt. Die Anträge der Linken wurden von den drei Ampel-Fraktionen und der CDU/CSU abgelehnt, die Sportpolitiker der Ampel stimmten dem Regierungsentwurf in unveränderter Form zu.

www.andre-hahn.eu

IN KÜRZE

Es ist noch offen, ob und wie sich Deutschland an den Olympic eSport Games 2025 beteiligt und der Bund das Vorhaben fördert. Auch nach der Beantwortung einer [schriftlichen Frage](#) durch den Parl. Staatssekretär Mahmut Özdemir ist kein Kurs erkennbar. Die bereits im Jahr 2025 stattfindenden Spiele sollen laut einer Entscheidung des IOC in Saudi-Arabien ausgetragen werden.

*

„Wenn das für den Spitzensport zuständige Bundesministerium keine Kenntnis darüber hat, wie viele Spitzensportlerinnen und -sportler aus Deutschland in Folge einer Corona-Erkrankung ihre Sportkarriere beenden mussten, dann ist das in meinen Augen mehr als peinlich, gerade weil Bundesministerin Faeser (SPD) immer wieder betont, dass für sie die Athletinnen und Athleten sowie deren Gesundheit im Mittelpunkt stehen“, erklärt André Hahn [zur Antwort des Parl. Staatssekretärs Özdemir \(SPD\)](#) auf seine Anfrage.

*

Die Antworten der Bundesregierung auf [zwei Fragen von André Hahn](#) offenbaren, dass die Ampelkoalition ihre Versprechen beim Kampf gegen Doping nur teilweise umgesetzt hat.

André Hahn
bei Facebook



Impressum/Kontakt

Büro Dr. André Hahn, MdB
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: 030 227 75777
Mail: andre.hahn@bundestag.de

**Wahlkreisbüro Sächsische
Schweiz-Osterzgebirge**
Lauterbachstr. 4, 01796 Pirna
Tel.: 03501 5710090
Mail: andre.hahn.ma03@bundestag.de

Redaktionsschluss: 17.10.2024
Redaktion: A. Nowak/D. Lücking
Portraitfoto Seite 1: DBT Stella von Salden